

Ich bin „in“ und „ex“ bist Du

Links, rechts – die klassische Einteilung des politischen Spektrums charakterisiert die politischen Konflikte der Gegenwart immer schlechter. Es ist Zeit für eine neue Orientierung. Hier ist ein Vorschlag.

Der Klimawandel wird auch in den kommenden Monaten Hunderttausende von jungen Menschen gegen die Lethargie der Politik auf die Straßen treiben. Ihr Protest zeugt indes von einem ganz anderen Klimawandel, der ebenfalls im vergangenen Jahrzehnt in Gang gekommen ist: einem Wandel des politischen Klimas. Ob Fridays for Future oder Extinction Rebellion, die vielen Klimaprotestgruppen wurden 2019 nicht müde zu betonen, dass sie sich in der politischen Landschaft weder links noch rechts verorten.

Es ist in den 2010er Jahren zunehmend schwieriger geworden, in den politischen Turbulenzen aus Populismus und dem Niedergang der Volksparteien die Orientierung zu behalten. Als etwa am 14. Mai 2017 Emmanuelle Macron wie ein kleiner Sonnenkönig den Elysée-Palast in Paris betrat, hatte er bereits einen politischen Erdbeben ausgelöst. Innerhalb von wenigen Monaten hatte der damals 39-Jährige die Kandidaten der etablierten Parteien überflügelt. Und versicherte sogleich, weder links noch rechts zu sein. Diese Abwendung vom klassischen politischen Spektrum war bereits am Anfang des Jahrzehnts auch im Aufbegehren der Occupy-Bewegung oder der spanischen Indignados, der "Empörten", zu vernehmen.

Zwar ist das Links-Rechts-Schema auch schon im 20. Jahrhundert infrage gestellt worden. Doch hat es lange geholfen, die politische Landschaft zu sortieren. Links gegen Rechts, das war seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Kampf der Arbeit gegen das Kapital. "Das Links-Rechts-Schema passte gut, solange dieser Kampf sich im Konflikt von Opposition gegen Regierung abbildete", sagt der Soziologe Jan Fuhse, der unter anderem die Parteienlandschaft des 20. Jahrhunderts erforscht. Die SPD als größte Oppositionspartei im Reichstag war eindeutig die Partei der Arbeiter, während die Regierung für die Elite des Deutschen Kaiserreichs stand.

Links gegen Rechts stand seit der Französischen Revolution vor allem für konkurrierende Weltanschauungen. Links, das waren die revolutionären

Republikaner, die für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit antraten. Links deshalb, weil sie in der Nationalversammlung der Revolution im September 1789 zur Linken des Versammlungspräsidenten saßen. Rechts hatten sich die Vertreter der alten Weltordnung, des Ancien Régime, niedergelassen, die weiterhin die Monarchie, den Feudalstaat, das gottgegebene Königtum vertraten. Die Sitzordnung mutet wie ein historischer Zufall an. Tatsächlich entsprach die Sitzordnung noch den Gepflogenheiten im Ancien Régime: Der Platz zur Rechten des Königs war bis zur Revolution treuen Auserwählten, etwa den Prinzen, vorbehalten, während zur Linken die Frauen der Königsfamilie standen.

Zu festen politischen Positionen wurden Links und Rechts erst ab den 1820er Jahren. "Mit der Errungenschaft des allgemeinen Wahlrechts 1848 erreichten Links und Rechts schließlich die Politik der Massen", sagt der britische Soziologe Steven Lukes. Links stand nun für das "Projekt, 'die Welt besser zu machen': Ungerechtigkeit zu bekämpfen, Ungleichheit und Machtgefüge in Frage zu stellen", so Lukes. Rechts hingegen für eine hierarchische Ordnung eines naturgewachsenen Kollektivs, in dem nicht alle gleich sind, sein können, weder an Rechten noch an Besitz.

So einfach, so klar hätte es bleiben können. Umso komplizierter wurde es. Die "neue" Linke des 19. Jahrhunderts zersplitterte in Sozialdemokraten, Anarchisten, Kommunisten. Noch komplizierter: Die "neue" Rechte in Gestalt des Liberalismus verfocht nicht nur den Kapitalismus mit freien Märkten und Freiheit des Eigentums, sondern auch Gleichheit vor dem Gesetz, während Marx die Forderung des Gothaer Programms der SPD nach gleichen Rechten als "veralteten Phrasenkram" abtat. Lenin verspottete die politische Linke später gar als "kindisch". Die von ihm begründete Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entpuppte sich als ebenso autoritär und brutal wie etwa das Ancien Régime vor 1789. Die Rechte wiederum brachte den Faschismus hervor.

Der britische Psychologe Hans Eysenk ergänzte folgerichtig 1964 das Links-Rechts-Schema erstmals durch eine zweite Achse: Sie bewertete, wie autoritär oder freiheitlich ("libertär") politische Systeme sind. Diese zusätzliche Unterscheidung half in den vergangenen fünf Jahrzehnten bei der Einordnung politischer Parteien, Bewegungen und Konzepte. Doch wieder hat sich die Welt gewandelt: Globalisierung, Digitalisierung, eine zunehmende Verstädterung und

das Schwinden der klassischen Industrie haben Gesellschaften hervorgebracht, die um Orientierung ringen – und dabei polarisiert sind. Der Soziologe Wolfgang Merkel sieht eine neue "Konfliktlinie zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus", vereinfacht gesagt: zwischen denen, die Gemeinschaften mit klar definierter kultureller Identität hochhalten, und jenen, die urbane Weltoffenheit, Menschenrechte und Individualismus vertreten. Auch diese Unterscheidung liegt quer zum Links-Rechts-Schema. Rechte Kommunitaristen und linke Kosmopoliten etwa lehnen beide den neoliberalen Kapitalismus der Gegenwart ab.

Merkels Unterscheidung beschreibt die Konsumgesellschaft seit dem Ende des Kalten Krieges. Doch am Anfang der 2020er Jahre ist klar: Diese Konsumgesellschaft hat keine Zukunft. Einerseits zeigen Klimawandel und Ressourcen-Raubbau die planetaren Grenzen des Wachstums auf. Andererseits nehmen immer mehr Menschen im Globalen Süden die Beine in die Hand und fordern ihren Anteil an den Versprechungen der Globalisierung ein, die sie auf den Bildschirmen des Netzes allzulange als fernen Traum besichtigen konnten. Sie nehmen sich die Freiheit, anderswo nach einem guten Leben zu suchen – wie es die Menschheit immer getan hat.

Steven Lukes ist denn auch davon überzeugt, dass sich das Links-Rechts-Schema nicht erledigt hat. Die Linke ist für ihn "das universalistische Projekt, dass die ausschließende Idee zurückweist, dass Menschen hinter gewissen Grenzen, etwa nationalen oder ethischen, weniger zählen". Vielleicht aber bedarf es einer neuen Unterscheidung, die Lukes' Einschätzung aufnimmt und weitertreibt.

Klimawandel und Ressourcenknappheit werfen nicht nur die Frage auf, wie sich Gesellschaften vor ihnen schützen können. Sondern auch, wer ein Recht auf diesen Schutz hat. Eine Antwort lautet: Jeder Mensch, gerade weil er oder sie ein Mensch ist, ganz gleich wo auf dieser Welt. Diese Antwort ist inkludierend, einschließend – keiner wird allein gelassen. Die ausschließende, exkludierende Antwort wäre: Jeder, der das Glück hat, zur rechten Zeit am rechten Ort zu sein. Alle anderen haben historisches Pech. Ich nenne diese Unterscheidung zwischen inkludierend und exkludierend der Einfachheit halber "in" und "ex" – zwei ebenso simple und prägnante Begriffe wie "links" und "rechts".

"In" baut keine Mauern, zieht keine Schlagbäume hoch – "ex" sehr wohl. "In"

kann auch bedeuten, dass eine Demokratie unvollständig ist, so lange sie nicht jeden einschließt und teilhaben lässt. "Ex" hat hingegen kein Problem damit, dass einige, selbst wenn sie in einem Land geboren sind, nicht wählen dürfen, weil sie nicht den richtigen Pass haben. "In" macht auch bei den Pflichten nicht halt: Es bedeutet, dass jeder dazu beiträgt, dass eine Gesellschaft überhaupt funktioniert. "Ex" hingegen hat kein Problem damit, sein Ersparnis in Steueroasen zu packen und zuzusehen, wie sich der Rest abmüht.

Nun könnte man einwenden, inwiefern "in" und "ex" quer zu "links" und "rechts" liegen. Die Antwort ist einfach: Die in-ex-Unterscheidung nimmt die Globalisierung ernst, die dabei ist, eine Weltgesellschaft hervorzubringen. Immer mehr ihrer Bewohner leben an Orten mit einer "Reihe von weit entfernten und quasi unsichtbaren Vororten", wie der Migrationstheoretiker Mark Terkessidis "Parapolis" formuliert. Izmir, Casablanca oder Kiew können solche Vororte für Berlin sein, wenn dort Angehörige von Berlinern leben, oder wenn Berliner dort für ein Projekt arbeiten. Die persönlichen Beziehungen der Menschen in der Weltgesellschaft überschreiten längst täglich Grenzen, ja durchlöchern sie. Und es ist wiederum die Weltgesellschaft, die von Klimawandel und Ressourcen-Knappheit betroffen sein wird – nicht nur einzelne Landstriche, die das Pech haben, in der Bahn eines Hurrikans zu liegen. Der Klimawandel berücksichtigt keine Grenzen.

Das Links-Rechts-Schema hingegen ist aus dem Nationalstaat der Französischen Revolution geboren. Eine politische Linke kann bis heute für Gleichheit und Sozialstaat eintreten und zugleich eine nationale Einheit und Integrität beschwören. Aktuelle Beispiele sind linke Parteien wie Podemos in Spanien oder Syriza in Griechenland, die als Reaktion auf die Verheerungen der Finanzkrise von 2008 entstanden. In Deutschland vertrat die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht eine ähnliche Position, als sie eine Begrenzung der Zuwanderung förderte. Ökonomisch "Links" und "ex" – diese Kombination ist ebenso möglich wie ökonomisch "rechts" und "in" im Silicon Valley, das keine Grenzen für die Hightech-Talente aus aller Welt kennt.

Es ist die freie Entscheidung eines jeden, sich „in“ oder „ex“ zu positionieren. Aber sollte „ex“ die Oberhand gewinnen, dürfte das 21. Jahrhundert ebenso gewalttätig werden wie die Jahrhunderte zuvor.